Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 273 | Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 22. November 1919. | Jahrgang 1.

Ein offenes Antlitz will die große Zeit.

C. F. Meyer.

Arbeiterschaft, Regierung und deutsch-nationale Volkspartei.

Eröffnungs-Rede des Vorsitzenden des Reichsarbeitsausschusses der deutsch-nationalen Volkspartei Herrn Arbeitersekretär Hartwig-Bethel auf dem Arbeitervertretertag der fünf westlichen Industriewahlkreise zu Hagen i. W.

Nach kurzen Begrüßungsworten der Vertreter des Parteivorstandes, der Landesverbände und sonstiger Gäste eröffnete der Leiter der Tagung, Arbeitersekretär Hartwig, die Verhandlungen mit folgender Rede:

Meine Damen und Herren! Deutschnationale Kolleginnen und Kollegen! Die Zusammenkunft deutschnationaler Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vertreter, die hinsichtlich der Zahl der Erschienenen weit unsere Erwartungen übertrifft, ist selbst in unserer ereignisreichen Zeit eine Tagung, die über den Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei hinaus ernstester Beachtung sicher sein kann. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die staatliche und politische Gleichberechtigung des Arbeitervolkes ist formell wenigstens durch den Umsturz bezw. die Beseitigung des alten monarchisch-konstitutionellen parlamentarischen Systems durchgeführt. Dadurch ist die allgemeine Bedeutung und die tatsächliche Macht des Arbeiterstandes im öffentlichen Leben, da er das zahlenmäßige Übergewicht hat, ungeheuer gestiegen. Es ist für die einzelnen Parteien eine Existenzfrage, inwieweit der Arbeiterstand ihnen sein Interesse bezw. seine Zuneigung zuwendet. Wir, die wir hier versammelt sind, haben uns aus unserer ganzen Welt- und Lebensanschauung heraus der deutschnationalen Politik und ihrer politischen Organisation, der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. Mit der Tatsache der Erreichung der faktischen politischen Gleichberechtigung sind, das braucht nicht erst betont zu werden, auch die Hunderttausende deutsch und national gesinnter Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Angestelltenkreise vollauf einverstanden. Aber weder mit der Form noch mit der sachlichen Art, wie die Erreichung dieses Zieles durch die Sozialdemokratie herbeigeführt ist, sind wir einverstanden. Die Revolution und die Autoritätslosigkeit hat kulturelle, nationale und wirtschaftliche Werte vernichtet, die auf dem Wege der evolutionären Entwicklung nicht zu Schaden zu kommen brauchten.

In der Sozialdemokratie sehen wir die Macht, die mindestens seit der Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges, unter der Decke auch hinter der Maske der Kriegskreditbewilligung an der Unterminierung des nationalen Einheitsgedankens in der alten Reichsform, an der Zerstörung des Siegeswillens in der Heimat und im Frontheere bewußt arbeitete und dadurch den Zusammenbruch des Etappen- und des Frontheeres und der Marine verschuldete, die „dem preußischen Militarismus das Rückgrat gebrochen", somit das Schandmal des Verderbers Deutschlands auf sich geladen hat. War auch ein Sieg angesichts der ungeheuren technischen und ziffernmäßigen Überlegenheit unserer Gegner nach menschlichem Ermessen unerreichbar, wir hätten doch, wäre unser Heer intakt geblieben, ebenso sicher einen günstigen Verhandlungs- und Verständigungsfrieden erreicht. Die sozialdemokratische Vergiftung unseres Volks- und Heeresgeistes ist, wenn nicht die Ursache, so doch die Veranlassung und Auslösung des mörderischen Diktat- und Vernichtungsfriedens, unter dessen Knechtschaft die Deutschen, insbesondere die Arbeiter, im In- und Auslande, alle Drangsale eines Sklavenvolkes zu tragen haben.

Die Sozialdemokratie hat seit ihrem Bestehen auf revolutionärem Wege ihr Ziel zu erreichen gesucht. Dies ihr Vorhaben ist die unleugbare direkte Ursache des Jammerfriedens, unter dem kein Stand mehr leidet als Deutschlands Arbeiterschaft. Wir als christlich-soziale Politiker vertraten stets den aufbauenden Weg der Evolution, d. h. den verfassungs- und gesetzmäßigen Umbau, dem wir auch in dem Bestreben zur Beseitigung einer so belasteten Regierung wie der gegenwärtigen treu bleiben.

Wir stehen aber auch in absoluter Ablehnung zur heutigen Staatsmacht, weil sie eine Karrikatur wahrer Demokratie ist. Wahre Demokratie hätte entsprechend dem demokratischen Verhältnischarakter des Wahlrechts auch in die Regierung nach den vorhandenen Möglichkeiten des Stärkeverhältnisses Vertreter der Parteien aufnehmen müssen. Dann wäre die Regierung ein Ausdruck der Demokratie, d. h. der Volkssolidarität, gewesen. Statt dessen aber teilten sich die grundsätzlich widerstreitendsten Parteien, Sozialdemokratie und Zentrum, jede in einseitigem Machtstreben, in die Regierungsstellen, die sogenannte Deutsch-demokratische Partei in ihr Schlepptau nehmend. Diese Regierung ist keine Demokratie, sondern eine Zwitterdiktatur der Sozialdemokratie, die nur, solange die Verhältnisse zwingen, dem Zentrum und der Partei der Kapitaldemokraten hier und da einen Brocken von der Staatsmacht zuwirft. Die nächsten Wahlen werden die Klassendiktatur als Wahlparole auch der Regierungssozialisten offenbar machen.

Mit der Sozialdemokratie ist nach unserer Auffassung die organisierte Gottes- bezw. Christentumsfeindschaft ans Ruder gekommen. Die heutigen sozialdemokratischen Staatsmänner werden in Parlament und Verwaltung entsprechend regieren. Da liegt der zwingende ethische Grund unserer politischen Oppositionsstellung zum heutigen System.

Diese Gründe zwingen uns als Arbeitervertreter, gleichgehend auf diesem Boden mit allen Volksständen, diese Regierung zu bekämpfen.

Wir wollen grundsätzlich den Staat auf der christlichen Glaubens- und Sittenlehre aufgebaut wissen. Die Sozialdemokratie ist die organisierte Gegnerschaft gegen den Einfluß, die Anerkennung und die Geltung der christlichen Lehre in Staat und Schule. Für uns gibt es auf diesem Felde kein Parlamentieren. Ohne die christliche Moral fehlt der Staatsautorität das Rückgrat und ihrem Verwaltungsapparat die Pflichttreue.

Wir sind heute versammelt, um von dieser Stelle aus zu erklären, daß die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ziele der deutschen Arbeiterschaft nur in engster Solidarität mit allen schaffenden Ständen zu erreichen sind. Diese Solidarität findet ihren lebendigen Ausdruck in der Deutschnationalen Volkspartei.

Wir nehmen heute aber auch unzweideutig ablehnende Stellung zu jenen politisch und sozial rückständigen Elementen innerhalb unserer Partei, die, für andere Zwecke gegründet, Sonderverbindungen benutzen, um in ihrem Sinn die Partei zu beeinflussen. Besonders entschieden lehnen wir den politischen Dualismus ab, den sich deutschkonservative Parteipolitiker leisten, die sowohl in der Deutschnationalen Volkspartei tätig sind wie auch die Zugehörigkeit zur alten deutschkonservativen Parei, zum Elfer- und Fünfzigerausschuß derselben weiter aufrechterhalten. Für eine solche organisatorische Elastizität hat die Arbeiterschaft kein Verständnis. Auf die Dauer ist dieser Zustand nicht ertragbar. Er trägt Schuld daran, daß wir uns heute mit einem ähnlichen in christlich-sozialem Sinne gerichteten Antrag aus unseren Kreisen, aus dem Minden-Lübbecker Land, zu befassen haben, der eine Sicherung gegen diese arbeitergegnerischen Interessen wie überhaupt des wirtschaftlich mittleren und kleineren Staatsbürgers bezweckt. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung und wirtschaftliche Gleichwertigkeit des Industrie-, Heim- und Landarbeiters kann durch diese politischen Sonderrechtsbestrebungen mit Recht als faktisch bedroht gelten. Desgleichen ist die heutige staatsbürgerliche Stellung der Frau nach unserer Auffassung bei einer Staatsordnung, wie sie diese Kreise erstreben, bedroht. Innere und äußere Politik würde in diesen Händen dem nationalen und sozialen Volkswohl nach unserer Auffassung widerstreiten

Der Minden-Lübbecker Antrag, der der Sache nach meine Sympathie und, wie ich glaube, auch die der Mehrheit des Anwesenden für sich hat, soll uns Gelegenheit geben, scharf allen reaktionär-seperatistischen Bestrebungen entgegenzutreten und von der Parteileitung entsprechende Haltung zu verlangen. Ich benutze aber diese Gelegenheit gern, um andererseits für die Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei, ob wir früher uns christlich-sozial nannten oder nicht, unzweideutig zu erklären, daß der Reichsarbeiterausschuß und seine unteren Vertretungen, daß die deutschnationale Arbeiterschaft die Erreichung der politischen Macht im Vaterlande durch die Deutschnationale Volkspartei als ihr oberstes Ziel, als das leuchtende Kampfobjekt ihrer politischen Arbeit betrachtet, hinter dem, wenn es sein muß, auch von der Arbeiterwelt und ihrer Führerschaft als zeitgemäß erachtete Forderungen zeitweilig zurücktreten können. Damit wird für alle Welt innerhalb und außerhalb der Deutschnationalen Volkspartei klar, daß wir keine Partei in der Partei sein können und wollen.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Standesforderungen finden, das sei gesagt, um Unklarheiten nicht aufkommen zu lassen, ihre minimale Festsetzung auch für unsere parteipolitische Wirksamkeit durch die programmatischen Verlautbarungen der christlichnationalen Arbeiterbewegung, insbesondere der christlichen Gewerkschaften.

Meine Damen und Herren! Mit diesen kurzen Darlegungen sei die heutige für die gesamte deutschnationale Arbeiterpolitik bedeutungsvolle Tagung eröffnet. Ihre Beratungen werden vom Geiste getragen, der uns als Deutsche in diesen Tagen allein beherrschen sollte: Wie bauen wir trotz jammervoller Gegenwart dem deutschen Volke eine neue, glückliche Zukunft?!

(Die von häufigen Zustimmungen unterbrochene Rede fand lebhaften Beifall.)

Offener Brief
an den Herrn Minister des Innern Seine Exzellenz Koch.

Herr Minister des Innern!

Der Bielefelder Wohlfahrtsverein zur Hebung der öffentlichen Sittlichkeit hat mit großer Genugtuung davon Kenntnis genommen, daß Sie den herzandringenden Mahnungen des Abgeordneten D. Lic. Mumm, unsere Jugend vor sittlichem Verderben durch Schmutz in Wort und Bild zu bewahren, volles tatbereites Verständnis entgegen bringen wollen. Wir danken Ihnen; wir danken auch den Fraktionen, die darin einig sind, daß die Wiedereinführung der gesetzlichen Kinozensur nicht länger auf sich warten lassen darf. Heraus aus dem pornographischen Sumpf! Das ist die Forderung, die wir ernst und laut um unseres Volkes willen stellen müssen. Das Kinowesen hat neben anderen schädlichen Erscheinungen der Neuzeit (z. B. Varietés) sein

Zeichne mit 500 Mark bar
und 500 Mark Kriegsanleihe
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

voll gerüttelt und geschüttelt **Maß Schuld** an diesem **Elend.** Im einzelnen die düsteren Nachtseiten auf diesem Gebiet beleuchten, hieße Eulen nach Athen tragen. Jede Zeitungsanzeige über die Kinospielpläne illustriert zur Genüge den sittlichen Tiefstand. **Das Treiben der meisten Filmfabrikanten ist unsauber und gemeingefährlich; die tägliche Speise, die den 300 000 Besuchern vorgesetzt wird, ist vergiftet.** Zum Wohle unseres gesamten Volkskörpers kann hier nur geholfen werden durch eine Reform, die das Übel **an der Wurzel** anfaßt. Es darf keinerlei Kraft verzettelt werden.

Ähnlich wie bei der Regelung auf dem Gebiete des Ersatzlebensmittelwesens sind geeignete Richtlinien mit gesetzlicher Kraft festzulegen, damit die unübersehbaren ethischen und erzieherische Werte, die heute in der Kinematographie brach liegen, realisiert und unserer Jugend dienstbar gemacht werden. **Das Kino darf und soll keine Stunde länger als Verführer und Verderber unseres Volkes gelten,** sondern muß auswachsen zu einer **Stätte freier Bild[illegible]g und anregender geistiger Unterhaltung.** Als Richtlinien schlagen wir folgendes vor: 1. Dringend erwünscht und zugelassen sind Filme folgenden Inhalts:

I. **Belehrende Filme:** a) Aus der Medizin und Hygiene, der Mathematik, Kunst, Handel, Gewerbe, Industrie, Geographie und der gesamten Naturwissenschaft.

II. **Belehrende Filme:** b) Aus der Geschichte, der guten Literatur, der Märchen- und Sagenwelt.

III. **Unterhaltende Filme:** Goldigen Humor und urwüchsige, gesunde Ideen darstellend.

2. **Verboten** sind Filme, die im wesentlichen die Tendenz tragen, sinnlich und erregend zu wirken und geeignet sind, sittlich böse Seiten im Menschen zu nähren — kurz alle sogenannten „Sensationsfilme". Dazu gehören z. B.

1. Detektiv-Romane und ähnlicher Schund,
2. Schwüle Liebesromane und ähnlicher Schund,
3. Aufklärungsfilme auf sexuellem Gebiete, die sittlich bedenklich wirken können,
4. Filme jeglicher Art, die unsozial zu wirken imstande sind. (Verschärfung der Klassengegensätze),
5. Filme, die seichter Unterhaltung dienen, sogen. Kitsch.

Die von der Reichsregierung zu erlassenden Richtlinien sind sämtlichen Filmfabrikationsstätten mit der Maßnahme unbedingter Befolgung zu unterbreiten. **Jeder neue Film wird von den zuständigen noch zu errichtenden Provinzialfilmprüfungsämtern gegen eine angemessene Gebühr geprüft.** In der Provinzialprüfungskommission sitzen Männer und Frauen aller Parteien; außerdem sind Vertreter folgender Berufe vertreten: Nationalökonomie. Medizin, Naturwissenschaft, Theologie, Pädagogik und Kunstkritik.

Eine Mehrheit von mindestens ¾ entscheidet über Zulassung oder Ablehnung. **In letzterem Falle tritt Vernichtung ein, sowohl des Originals wie etwa vorhandener Kopien.**

In Zweifelsfällen entscheidet die Reichsprüfungsstelle in Berlin. Jede Filmfabrik ist an ein bestimmtes Provinzialfilmprüfungsamt gebunden. Die Entscheidung ist eine endgültige für das ganze Deutsche Reich. Bereits vorhandene Filme sind im Laufe eines Jahres in derselben Weise nachzuprüfen. Die Aufforderung hierzu für bestimmte Erzeugnisse, die besonders schädlich gewirkt haben, ergeht an die betreffenden Stellen tunlichst sofort. **Nach Ablauf dieser Frist dürfen nicht genehmigte Filme in Deutschland nicht aufgeführt werden.** Die in den größeren Städten zu errichtenden Zensurstellen sind mit der Überwachung dieser Maßnahme zu beauftragen. Ein in geeigneten Zwischenräumen erscheinendes Verzeichnis über genehmigte und nicht genehmigte Filme gibt hinreichenden Aufschluß. **Die vom Auslande eingeführten Filme unterliegen der gleichen scharfen Prüfung.** Das Reichsprüfungsamt entscheidet hier selbst oder überweist die Filme an die Provinzialfilmprüfungsämter. Jeder zugelassene Film ist unzweideutig (d. h. nach Ort, Datum und Nummer der Prüfung usw.) zu kennzeichnen. Jedem Film belehrenden Inhaltes muß eine genaue wissenschaftliche, schriftliche Ausarbeitung beigefügt werden — letztere dient als Orientierungsmittel für den Filmerklärer. (Geeignete Posten für Kriegsbeschädigte.)

Herr Minister! Wir sind der festen Überzeugung, daß auf diese Weise das Film- und Kinowesen auf praktisch — einfache Art in gesunde Bahnen gelenkt wird, zum Wohle des gesamten Volkes.

Kein Betrieb im ganzen Reiche ist reifer für die Sozialisierung als das Kinotheater.

Die sofortige Reform erscheint uns als das Witigste. Wir können nur Männer in der Regierung gebrauchen, die schnell und energisch handeln. „Landgraf, werde hart!" Das Kind ist bereits in den Brunnen gefallen — nicht langatmige Verhandlungen und Reden — nur entschlossenes tatkräftiges Zupacken vermag vor völliger Versumpfung zu retten.

Der Weg, den die Ufa (Universum-Film-Aktiengesellschaft — Kulturabteilung) beschritten, ist sofort auszubauen. Der Film muß soziale Wirkungen auslösen und Pionier unserer Außenpolitik werden.

Wir fordern tatbereites, schnelles Handeln!

Wir fragen Sie, Herr Minister, sind Sie bereit, baldigst ein Reichsgesetz zu schaffen im Sinne dieser Richtlinien?

J. A.: Dr. Bodinus, Chemiker, Else Lange, Stadtverordnete. Waubke, Pfarrer.

Zur Wittener Versöhnungswoche.

In Nr. 46 des „Evangelischen Arbeiterboten" bezeichnet C. Schimmel Unna, die Wittener Versöhnungswoche als einen Schlag ins Wasser, als eine verfehlte Aktion. Er beruft sich auf die geringe Teilnehmerzahl in den Versammlungen nach der Versöhnungswoche, er spricht von dem Hohn der sozialdemokratischen Arbeiter und der Verwirrung in den Reihen der christlich Organisierten. Das mag alles stimmen, aber soll man sich dadurch von weiteren Versuchen abschrecken lassen? Wo wäre denn ein großes Werk auf den ersten Schlag gelungen? Wieviel Großes wäre ungetan geblieben, wenn man sich durch Mißerfolge oder betrübende Begleiterscheinungen von weiteren Unternehmungen hätte abschrecken lassen? Gerade, Geduld und Ausdauer haben Wunder vollbracht, und christliche Liebe wird nicht müde in der Arbeit an den Entfremdeten und Fernstehenden. Sonst sucht man mit Recht jede Möglichkeit offen zu halten, an die kirchenfremden oder kirchenfeindlichen Massen heranzukommen, sollte man sich hier selbst einen Kanal zuwerfen, weil er nicht sofort breite Wassermassen durchließ? Sind's auch nur wenige, die sich für eine ruhige Behandlung religiöser und kirchlicher Fragen gewinnen lassen, so lasse man sich nicht abschrecken. Wie oft hat christliche Arbeit in der Inneren und Äußeren Mission mit ganz unscheinbaren Anfängen begonnen, so daß eine Weiterführung des begonnenen Werkes aussichtslos schien. Aber gerade das Durchhalten im gläubigen Aussehen zu Gott hat oft wunderbare Ergebnisse gezeitigt; Beispiele dafür gibt es überall. Darum sich nicht verdrießen lassen, wenn s nicht gleich nach Wunsch geht. Die wenigen, die jetzt gewonnen werden, können Salz und Sauerteig werden, so daß auch die Haltung der Sozialdemokratie eine andere werden kann. Freilich geht das nicht von heute auf morgen, wieviele Pfarrer und andere sozial-kirchlich Gerichtete haben hier schon seit Jahren eine scheinbar nutzlose Arbeit geleistet! Dennoch soll das Wort Gottes nicht leer zurückkehren, sondern wirken, wozu es gesandt war. Also nicht nachlassen in hingebender Arbeit, sie wird nicht umsonst sein. Wo man freilich erklärt, daß die Sozialdemokratie kirchenfeindlich, christentumsfeindlich, materialistisch sei, da schneidet man von vornherein jede Möglichkeit der Verständigung ab. So nahe eine solche Haltung angesichts der tatsächlichen Kirchenfeindschaft sozialistischer Kreise und der oft zutage getretenen Gesinnungsroheit liegt, so würde es sich doch empfehlen, gewiß unter Wahrung kirchlicher Würde und unter Ablehnung verstiegener Hoffnungen, die Brücken nicht ganz abzureißen, sondern auch auf diese Kreise zu wirken zu suchen, wo es nur möglich ist.

„Wie oft soll ich meinem Bruder, der an mir sündigt, vergeben?" fragt Petrus. „Ist es genug siebenmal?" „Nein, antwortet Jesus, nicht siebenmal, sondern siebenzigmal siebenmal." Also so oft es möglich ist. Gilt dieses Herrenwort nicht auch hier?

Becker, Hamborn.

Wahlsieg Clemenceaus.

Niederlage der Sozialisten.

Die Kammerwahlen in Frankreich haben der Regierung und den Listen des nationalen Blocks einen starken Sieg gebracht. Der Erfolg Clemenceaus steht fest und seine Anhänger haben überall Boden gewonnen, während die Sozialisten eine vollständige Niederlage erlitten und zahlreiche Sitze verloren. Die einzige in Paris erscheinende Zeitung „Presse de Paris" schreibt in einer Sonderausgabe:

„Die Wahlen scheinen nach den unvollständigen Meldungen, die wir besitzen, das Aussehen der Kammer merklich umgestaltet zu haben. Zahlreiche Abgeordnete, und nicht die unbedeutendsten, haben vor dem allgemeinen Stimmrecht keine Gnade gefunden. Die merklichste Niederlage ist die der Liste der uniftizierten Sozialisten in der Umgegend von Paris. Von Mitarbeitern Clemenceaus sind gewählt: Loucheur, Klotz, Abrami, Mandel, Abel und Albert Sarraut. Ferner sind gewählt: Deschanel, Viviani, Briand, Herriot. Unterlegen sind die bekannten sozialistischen Abgeordneten Augagneur, Colliard, Renoult, Paul Morel. Auch Messimy scheint unterlegen zu sein. Der Sozialist Renaudel ist nicht wiedergewählt. Albert Thomas ist wiedergewählt. Die Sozialisten fallen in den Departements Cote d'Or Saone-et-Loire und Var vollständig aus. Jedenfalls auch im Departement Allier. Ihre Sitze erfahren eine beträchtliche Verminderung. Im Elsaß und in Lothringen scheinen nationale Blockkandidaten gewählt zu sein. Das dürfte bedeuten, daß dort kein Sozialist und kein Radikaler gewählt wurde. Im Departement Aveyron hat General Castelnau gesiegt, in Metz General Maud'huy.

Sozialistischer Wahlsieg in Belgien.

In Belgien scheint der Wahlkampf dagegen mit einem Siege der Sozialisten geendet zu haben. Wie „La Presse de Paris" aus Brüssel mitteilt, ist in Belgien nach den vorliegenden Teilergebnissen die sozialdemokratische Stimmenzahl stark gewachsen. Der Sieg der Sozialdemokraten gehe hauptsächlich auf die Kosten der Liberalen, aber auch auf Kosten der katholischen Partei. In einigen flandrischen Bezirken scheinen die Flamen Erfolge gehabt zu haben.

Blutige Unruhen bei den italienischen Wahlen.

In Italien kam es bei den Wahlen an mehreren Orten zu blutigen Ausschreitungen. In Corato (Apulien) gab es zwei Tote und einige Verwundete. In Bitonto (Provinz Bari) mußte mehrfach Militär einschreiten. In Paterno (Sizilien) gab es 54 Verwundete. Im allgemeinen war die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Partei schwach, wovon die gut organisierten Parteien, Sozialisten und Klerikalen, Vorteil gezogen haben dürften. In Rom-Stadt beteiligten sich nur 30 Prozent.

Die Aussagen der Heerführer.

Hindenburgs Vorbehaltserklärung. — Sechs Fragen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind am Dienstag vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erschienen, um die vom Ausschusse gewünschten Auskünfte zu geben. Ein großes Aufgebot von Sicherheitsmannschaften hatte die Anfahrt Hindenburgs von seiner Wohnung bis zum Reichstagsgebäude durch eine fortlaufende Sperrkette gesichert. Kurz nach zehn Uhr verkündete lautes Hurrarufen die Ankunft des Generalfeldmarschalls. Zwei Schwadronen der Sicherheitswehr begleiteten Hindenburg auf seiner Fahrt als Ehrenescorte.

Unter dem Geleite der deutschnationalen Abgeordneten Dr. Dietrich und Warmuth betraten der Feld-

---

Dixmuiden.

Eine Erinnerung und ein Gedenkblatt für die ersten Kriegsfreiwilligen des Weltkrieges.
Von Lic. Dr. W.

Viele Orte hat der Krieg berühmt gemacht. Viele sind schnell wieder vergessen worden. Aber einzelne haben sich unauslöschlich eingeprägt; und dazu gehört der oben genannte: Dixmuiden. Es war an einem trüben Herbsttag im Oktober 1914, als zuerst von vielen Punkten aus der Befehl zum Angriff auf diesen Ort gegeben wurde. Schauerlich schön war die Nacht vorher. Hinter uns das brennende Eesen. Vorsichtig waren wir eingezogen, und nur zu berechtigt war die Vorsicht gewesen. Aus verschiedenen Häusern, ja von der Kirche herab wurden die einrückenden Kompanien beschossen. Aber schnell vollzog sich das Strafgericht; bald züngelten aus vielen Gebäuden die Flammen hervor und auch aus den Kirchenfenstern quollen Rauchwolken hervor. Sorgsam hatte unsere Artillerie das schöne, große Gotteshaus bei der voraufgehenden Beschießung geschont; nun mußte es die Schuld frevelnder Menschen büßen, und wie eine lohende Riesenfackel leuchtete der brennende Kirchturm durch die Nacht: ein schreckliches Strafgericht, ein gigantisches Schauspiel! Und nun die Nacht selbst, dunkel wie eine solche, aber geschäftiger als mancher Tag. Eben sind wir dabei, uns jenseits des Fleckens in die Erde zu graben, als wir plötzlich Feuer von rechts vorn bekommen. Alles wirft sich hin; freiwillige Patrouillen suchen den Anschluß nach rechts. Wer beschießt uns? Steht dort der Feind? Oder verkennt uns die Nachbar-Division, die neben uns vorgeht? Heftiger wird das Feuer; langsam und bang schleichen die Minuten dahin. Man gibt Signale, und plötzlich verstummt drüben das Schießen. Halb ist man erschreckt, halb atmet man auf: also dort steht der Freund! Dann nur ruhig und eifrig weiter in die Erde hinein. Aber kaum stehen die grabenden Gestalten wieder, zum Teil sich scharf abhebend gegen den im Hintergrund brennenden Ort, da fegt ein neuer Geschoß-Hagel über uns dahin. Der vermeinte Freund war doch der Feind, der uns nur hatte in Sicherheit wiegen wollen. Es wird Befehl gegeben, das Feuer zu erwidern; aber kann man auf großen Erfolg Erfolg rechnen? Lieber sicher hinein in gut ausgehobene Stellungen. Lieber sparen wir die Munition, bis sie wirklich ihr Ziel erreicht. Aber in angespannter Aufmerksamkeit wachen wir, daß der verschlagene Feind nicht näher herankommt und uns überrascht. Schnell verfliegen im Kampf die Stunden; aber langsam schleichen in solcher aufmerksam durchwachten, aufreibenden und doch ereignislosen Nacht die Minuten, geschweige die Stunden dahin.

Nun beginnt der Tag. Trübe zieht er herauf. Wer ahnte aber, was er uns bringen sollte? Bald fängt der Feind an, sich zu regen. Fortwährend sendet er seine vier Schüsse aus einer geschickt verwendeten Batterie herüber; oft schlagen die Schrapnells in unmittelbarer Nähe ein, viele bleiben als Blindgänger in dem zähen Boden stecken. Wiederholt ändern wir die Stellung, um unnötige Verluste zu vermeiden. Ja, schon erzählt man es leise: Wir sollen uns zurückziehen hinter den Ort! Aber zunächst bleiben wir liegen; es wird Mittag. Da kommt, statt jenes angeblichen Befehls, der richtige: Wir gehen weiter vor! Nicht zurück hinter Eesen, sondern hinein nach Dixmuiden. Halb löst sich die Spannung, halb nimmt sie zu. Da, der Befehl vom Kompanieführer: Der erste Halbzug des dritten Zuges geht sprungweise vor, bis er Feuer erhält, die anderen Halbzüge folgen. Ordnungsgemäß geht alles vor sich, wie wir es in Döberitz geübt; nur daß damals das alsbald einsetzende und sich immer heftiger steigernde Zischen und Pfeifen in der Luft, das stets so nahe klingt, oft aber auch wirklich ganz nahe ist, fehlte. Jetzt braucht keiner ermahnt zu werden, sich ordentlich zu decken. Sprungweise geht es vorwärts. Da liegt der erste Verwundete; ein Infanteriegeschoß hat seine Brust durchschlagen; bald nimmt ein Sanitäter sich seiner an. Die andern eilen weiter. Furchen, Erdhöhlen, Rübenfelder dienen als Deckung. Laßt die Feinde nur schießen! Aber da wird's mir doch etwas ungemütlich: das Pfeifen eines Geschosses erlischt neben mir mit jähem Ruck; feucht spritzt es mir ins Gesicht. Die Rübe neben mir ist zerquetscht; ein unangenehmes Gefühl; der Vergleich mit einem Schädel lag zu nahe!

Aber wer kann jetzt denken? Es fallen wiederholt Schüsse aus Häusern, die schräg links vor uns liegen. Doch das soll nicht lange dauern! Eilig werden schreiende Bewohner herausgetrieben, schnell ein Brand hinein, und schon züngeln die Feuerflammen aus dem Dach hervor. Rechts ein ähnliches Schauspiel. Dabei fortwährend: Sprung auf, Sprung an den Feind heran! Von Minute zu Minute zunehmendes feindliches Feuer, von Infanterie- und Maschinengewehren. Weit sind zunächst unter uns die Abstände; näher schiebt man sich jetzt zusammen; denn rechts und links rücken andere Kompanien und Jäger vor, demselben Ziel entgegen. Ein tiefer Graben längs eines Weges läßt uns noch einmal Atem holen. Aber dann strammen sich alle Muskeln zum äußersten, und die Nerven spannen sich aufs höchste; das wohlbekannte Signal ertönt: Das Seitengewehr pflanzt auf! Seine Disharmonie und halben Töne heulen es durch unsere Reihen, heulen es hoffentlich auch dem Feind in die Ohren: Jetzt wird es blutiger Ernst! Und diesem Signal folgt das letzte: Sturm! Sturm, so treiben und schreien die Trompeten; Sturm, so rufen es die Hauptleute, mitten in unserer Reihe; Sturm, so tobt es durch das Hirn, die Nerven, die Adern; Sturm, so tobt man dem Feind entgegen.

(Fortsetzung folgt.)

marschall, General Ludendorff und Dr. Helfferich gegen 10¼ Uhr den Sitzungssaal. Auf dem Zeugentisch lagen zwei prachtvolle weiße Chrysanthemen mit einer schwarz-weiß-roten Schleife zu Ehren der beiden Feldherrn.

Am Zeugentisch trat ihnen der Vorsitzende des Ausschusses Abg. Gothein entgegen und begrüßte den Feldmarschall mit kurzen Worten.

Abg. Gothein eröffnete sofort die Sitzung unter dem Hinweis, daß der Ausschuß dem Feldmarschall gern die große Mühewaltung und die Anstrengungen der Reise erspart hätte. Da jedoch der General Ludendorff entscheidenden Wert darauf gelegt hat, mit Hindenburg gemeinsam vernommen zu werden, habe der Ausschuß nicht umhin gekonnt, auch ihn um sein Erscheinen zu bitten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg erwiderte mit lauter Stimme, daß es ihm ein Bedürfnis gewesen sei, an der Seite seines treuen Kampfgenossen in schwerer und großer Zeit vor dem Ausschuß zu erscheinen und er sei dankbar dafür, daß ihm dazu Gelegenheit gegeben worden sei und auch dankbar dafür, daß ihm die Reise mit aller Möglichkeit erleichtert wurde.

Hindenburg schließt sich den Vorbehalten Dr. Helfferichs an.

Von seiner Vereidigung ließ der Feldmarschall durch General Ludendorff eine Erklärung verlesen, die für die Vernehmung der Heerführer, sowie der übrigen Offiziere der Obersten Heeresleitung von wesentlicher Bedeutung ist. Unter Hinweis auf die Vorschriften der Verfassung und der Strafprozeßordnung erklären die Heerführer, daß sie eine

Aussagepflicht als für sie rechtlich verbindlich grundsätzlich nicht anerkennen

können, sondern daß es sich, wie der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und dessen Stellvertreter Dr. Helfferich bereits darlegten, hier um die dem Rechtsbegriff aller Kulturländer widersprechende juristische Abnormität handelt. Wenn sie sich gleichwohl zur Eidesleistung und zur Aussage entschlossen hätten, so geschehe dies lediglich, weil nach einem vierjährigen fürchterlichen Kriege ein Volk, das so stark war wie das deutsche, Anspruch darauf habe, völlig klar zu sehen, wie die Ereignisse sich in Wirklichkeit unverzerrt und ohne Parteihaß und Parteivorurteil abgespielt haben. Was das Verfahren vor dem Ausschuß anbelangt, so schlössen sich die Zeugen den Vorbehalten des Staatssekretärs Dr. Helfferich vollkommen an.

Hierauf leisteten Hindenburg und Ludendorff den Zeugeneid, und zwar in der Form des religiösen Eides.

Die Vernehmung.

Die Fragen, die der Ausschuß an den Feldmarschall zu richten gedachte, waren ihm bereits vorher zugegangen. Es sind dies folgende Fragen:

1. **Von welchem Zeitpunkte an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen?**

2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegengründe gegen die Eröffnung des U-Boot-Krieges bekannt? Aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die Gegengründe als stichhaltig nicht anerkannt?

3. Aus welchen Gründen nahm die Oberste Heeresleitung an, daß der Friedensappell Wilsons am 21. Dezember 1916 nicht auf die von der Reichsleitung angeregte Friedensaktion Wilsons zurückgehe?

4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Stadien der Wilsonaktion bekannt? Waren ihr insbesondere, als der Entschluß zur Eröffnung des U-Boot-Krieges gefaßt wurde, die Berichte des Grafen Bernstorff bekannt?

5. **Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne?**

6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch, daß am 29. Januar 1917 bei einer Besprechung im Großen Hauptquartier von Seiten der Reichsregierung ein Aufschub des Beginns des uneingeschränkten U-Boot-Krieges nicht ins Auge gefaßt worden sei, während Herr v. Bethmann Hollweg in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Vor Beantwortung der ersten Frage bat der Feldmarschall **Hindenburg**, als Grundlage für sein gesamtes Tun und Handeln in der Kriegszeit eine kurze Darlegung verlesen zu dürfen. Der Feldmarschall legte in kurzen Zügen folgendes dar:

Als wir am 29. August 1916 die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg schon zwei Jahre im Gange. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Der Raum dehnte sich aus ins Gigantische, die Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung, Kriegs- und Weltwirtschaft griffen ineinander über. Das zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte an Menschen, Maschinen, Munition und wirtschaftliche Hilfsmittel waren für uns, und zwar von Anfang an, so ungünstig wie möglich. Niemals neigen die Werte der Imponderabilien des Krieges, die moralische Qualität der Truppen, so schwer, niemals endlich waren die Leistungen der Minderheit so ungeheuer, wie in diesem Kriege.

Diesem Grundcharakter des Krieges hatte die O. H. L. Rechnung zu tragen.

Getragen von der Liebe zum Vaterlande kannten wir nur ein Ziel, das Deutsche Reich und das deutsche Volk, soweit menschliche Kräfte und militärische Mittel es vermochten, vor Schaden zu bewahren und militärischerseits es einem guten Frieden entgegenzuführen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir

den unerschütterlichen Willen zum Siege

haben. Dieser Wille zum Sieg war aber unlöslich gebunden an den Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem ungleichen Kampf unterliegen müßten, wenn nicht die gesamte Kraft der Heimat auf den Sieg auf dem Schlachtfeld eingestellt würde und die moralischen Kräfte von der Heimat erneuert würden. Wir sehen den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln an. Unsere Friedenspolitik hat versagt. Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten. (Unterbrechung.)

Vors. **Gothein**: Hier ist ein Werturteil, das ausgeschlossen sein soll von der Bekundung der Zeugen. Ich erhebe also gegen diesen Satz Einspruch.

Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** (fortfahrend): Dann lasse ich die Weltgeschichte darüber entscheiden.

Wir betrachteten es als unsere vornehmste Aufgabe, den Krieg durch militärische Mittel so schnell und günstig wie möglich zu beenden, um der Reichsleitung es zu ermöglichen, die Geschicke des Landes wieder mit den normalen Friedensmitteln der Politik zu bestimmen. Trotz der ungeheuren Ansprüche an Truppen und Führung,

trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes konnten wir den Kampf zu einem glücklichen Ende führen, wenn die geschlossene und einheitliche Zusammenwirkung von Heer und Heimat eingetreten wäre.

Als Hindenburg die Verfolgung der Parteiinteressen für die Spaltung des Siegeswillens verantwortlich machte, erhob der Vorsitzende wiederholt Einspruch gegen die Abgabe von Werturteilen durch den Zeugen.

Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** fährt fort: Die Geschichte wird über das, was ich nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Anzahl von Anträgen, um die Zusammenfassung aller Kräfte herbeizuführen. Ich wollte Kraft und Mitarbeit gewinnen, bekam aber Versagen und Schwäche. Die Heimat hat uns von diesem Augenblick an nicht mehr gestützt. Wir erhoben oft unsere warnende Stimme. Seit dieser Zeit setzte auch die heimliche Zersetzung von Heer und Flotte ein. Die Wirkung dieser Bestrebungen war der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Einwirkung freihielten, hatten unter der Einwirkung der revolutionären Kameraden schwer zu leiden. Unsere Forderung, strenge Zucht und strenge Handhabung der Gesetze durchzuführen, wurde nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, so mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein. Ein englischer General sagte mit Recht,

die deutsche Armee ist von hinten erdolcht

worden. Wo die Schuld liegt, bedarf keines Beweises. Das ist in großen Linien die tragische Entwickelung des Krieges für Deutschland nach einer Reihe so glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahllosen Fronten nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist.

Im übrigen erklärte der Feldmarschall, daß General Ludendorff und er bei allen großen Entscheidungen die gleiche Auffassung gehabt und in voller Uebereinstimmung gearbeitet haben und hiermit auch Hand in Hand die Auffassungen und Handlungen der O. H. L. seit dem 29. August 1916 vertreten.

Generalfeldmarschall **v. Hindenburg** ging nun zur Beantwortung der ersten Frage über und betonte, daß er den uneingeschränkten U-Boot-Krieg schon bei seinem Eintritt in die O. H. L. für geboten gehalten habe. General Ludendorff ging dann in längeren Ausführungen auf die Frage ein. Aus diesen geht hervor, daß für den Generalfeldmarschall und ihn bei der Stellungnahme Ende August gegen den U-Boot-Krieg und damit gegen den Chef des Admiralstabes lediglich der Grund maßgebend war, daß der Reichskanzler ein feindseliges Handeln Dänemarks und Hollands unter dem Druck Hollands in den Kreis seiner Berechnung zog und die O. H. L. keinen Mann übrig hatte, um die Grenzen zu schützen.

Ludendorff kommt dann auf die Bemühungen der Reichsleitung zu sprechen, Wilson zu einer Friedensvermittelung zu bewegen. Die O. H. L. habe mit großer Spepsis darauf gewartet, ob Wilson wirklich den Frieden vermitteln würde. Als nichts kam, seien sie nicht überrascht gewesen, da sie die engen wirtschaftlichen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten zu England kannten. Als dann der Reichskanzler

das Friedensangebot der Mittelmächte

gemacht habe, machte die O. H. L. gleichfalls loyal mit, jedoch war sie in Uebereinstimmung mit dem Chef des Admiralstabes entschlossen, im Februar 1917 auf dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg zu bestehen, falls unser Friedensangebot abgelehnt werden sollte, da bis dahin Truppen aus Rumänien gegen Dänemark und Holland zur Verfügung standen, falls diese Länder durch England in den Krieg gezogen würden. Das Schlimmste, so setzte Ludendorff weiter auseinander, war die physische Anspannung der Truppen. Aber der Geist an der Front war noch ungebrochen. Immerhin war die Lage schon so, daß wir zu Lande auf einen Sieg allein nicht rechnen konnten. Wir konnten günstigenfalls hoffen, in der Verteidigung den feindlichen Siegeswillen zu lähmen. Das bedeutete den endlosen Krieg mit schweren Nachteilen für Land und Volk. un besaßen wir nach dem Urteil der Marine

in dem verschärften U-Boot-Krieg das Kriegsmittel,

das uns diesem Ziele näher bringen konnte, das deutsche Menschenleben erhalten und uns zu Lande den Sieg sichern konnte. In der Lage, in der wir uns befanden, war die Anwendung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges dem deutschen Heer und dem deutschen Volke gegenüber eine Pflicht, wenn das Friedensangebot nicht angenommen wurde.

Mit einem kurzen Hinweis auf die Zensur und die notwendigen Maßnahmen zur Verhinderung der politischen Hetzereien und Wühlereien im Heere und in der Marine ging die Beantwortung der ersten Frage zu Ende.

Man schritt sofort zur Beantwortung der übrigen Fragen, da General Ludendorff alle an ihn gerichteten Fragen im Zusammenhange zu beantworten wünschte. Die Fragen drei, vier und fünf beziehen sich auf die Annahme, Wilsons Friedensappell sei auf Englands Veranlassung erfolgt, und auf die Untersuchung ob die Stadien der Wilson-Aktion, besonders die Telegramme Bernstorffs, der Heeresleitung bekannt geworden sind, und ob wirklich die Heeresleitung geglaubt hat, daß durch den U-Boot-Krieg England zum Frieden gezwungen werden könnte. Die sechste Frage, die einen Gegensatz zwischen der Auffassung Bethmann Hollwegs und Ludendorffs feststellen soll, wird nach einer kurzen Erklärung des früheren Kanzlers ausgeschaltet.

Eine größere Anzahl von Verfügungen, Telegrammen Berichten und Denkschriften wird verlesen, ohne neue Tatsachen zu bringen.

Im weiteren Verlaufe der Vernehmung verwahrte sich Ludendorff gegen verschiedene Vorwürfe, die im Laufe der bisherigen Verhandlungen gegen ihn erhoben worden sind. Mit besonderem Nachdruck wandte er sich gegen die Behauptung, daß die Oberste Heeresleitung sich gegen die Reichsregierung nicht loyal verhalten habe. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Das müsse hier gesagt sein, gegenüber dem fortwährenden Versuch, die Lage so darzustellen, als ob die O. H. L. an allem Unglück schuld sei.

Am Donnerstag wird die Vernehmung fortgesetzt werden.

Preuß. Landesversammlung.

84. Sitzung vom 18. November.

Französischer Geist im besetzten Gebiet.

Auf der Tagesordnung steht heute zunächst die von allen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen ausgehende förmliche Anfrage über die geistige Durchdringung der besetzen westlichen Gebiete im französischen Sinn.

Abg. **Leinert** (Soz.) begründet die Anfrage: Die Franzosen suchen bei jeder Gelegenheit, das im Friedensvertrag festgesetzte Recht zu überschreiten. Rheinland ist aber deutsches und preußisches Land. Der Kriegszustand hat aufgehört. (Sehr richtig!) Frankreich will die Bevölkerung für eine Lostrennung der Provinz vom Reiche gewinnen. Es unterstützt aber die Versuche landesverräterischer Elemente, eine rheinische Republik zu gründen. (Lebh. Bewegung und Sehr richtig!) Als man das nicht erreichte, versuchte man, die deutsche Verwaltung in die Hände zu bekommen. Verwaltungsstellen wurden mit landesverräterischen, französisch gesinnten Deutschen besetzt. (Hört, hört! und große Bewegung.) Die Freiheit der Versammlungen wird durch tägliche Redeverbote erläutert, die an den Franzosen mißliebige Redner ergehen, wozu auch Mitglieder dieses Hauses gehören. (Hört, hört!) Die Presse wird unterdrückt. Französischer Unterricht soll eingeführt werden. Gegen Arbeiter, die sich gegen die Einsetzung landesverräterischer Beamten wehrten, wurden Maschinengewehre aufgefahren. Die Aeußerungen des Vorsitzenden der internationalen Kommission, Tirard, im Oktober in Paris stellen eine unzulässige Bevormundung des Rheinlandes dar und den Versuch einer geistigen Durchdringung des Landes mit französischem Geist.

Dagegen müssen wir uns wehren.

(Lebh. Beifall.) Ausgedehnte Handels- und Industriespionage wird getrieben. Das Programm des neuen offiziellen Vertreters der französischen Okkupationsbehörde im Rheinland hat die Unruhen auf den Höhepunkt gebracht. Ich muß als Präsident der Landesversammlung namens der deutschen Stämme erklären: das Rheinland braucht nicht politische Freiheit von den Franzosen zu empfangen, da es nirgends freier ist als im Rahmen seines Vaterlandes. (Lebh. Beifall.)

Ministerpräsident **Hirsch**: Von dem Tage des Einrückens der Franzosen in die Rheinlande an haben sie zielbewußt alles zu erstreben gesucht, was ihnen der Wortlaut des Friedensvertrages vorenthalten hat. (Lebh. Zustimmung.) Die Rheinländer sind klug genug, die französischen Interessen nicht für die ihrigen zu halten. (Lebh. Zustimmung.) Sie sehen, daß auf dem Wege eines von französischen Bajonetten geschirmten rheinischen Partikularismus nie eine Abschwächung des französischen Druckes zu erhoffen sei. (Sehr richtig!) Wenn Frankreich bei dem Rufe: „Los von Preußen" Preußen sagt, dann meint es Deutschland. (Sehr wahr!) Es ist geradezu zynisch, wenn der Fremdherr preußische und bayerische Beamte als Fremdlinge bezeichnet. Unter uns Deutschen ist keiner ein Fremdling in einem deutschen Stamm. (Lebh. Zustimmung.) Wir sind allzumal Deutsche. (Wiederholte Zustimmung.) Wir werden nicht nachlassen, die Interessen der Rheinländer auch auf wirtschaftlichem Gebiet durch dringliche Vorstellungen und durch den Ausbau unserer Organisationen zu vertreten. Der französischen Auffassung von Demokratie werden wir den Geist der deutschen Demokratie entgegensetzen. Das Rheinland muß aber selbst, je rücksichtsloser die Bestrebungen der Franzosen am Rhein werden, umso fester und inniger sich zusammenschließen zur Reichseinheit, die uns allein dauernde glückverheißende Zustände verschaffen kann. (Lebh. Zustimmung.) Mit dem Bestreben der preußischen Regierung, dem Rheinland zu helfen, steht der Stolz des fränkischen Stammes, mit ihr ist die Gesellschaft aller anständigen Menschen am Rheine, mit ihr ist insbesondere das werktätige Volk aller Parteirichtungen und das klare deutsche Recht. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Das Haus tritt in die Besprechung der Anfrage ein.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. Soz.): Wir haben die Interpellation nicht mitunterschrieben, weil die Zeitungsnachrichten, auf die sich die Interpellation stützt, von uns nicht als ausreichende Grundlage betrachtet werden. (Großer Lärm.) Auch wir verurteilen die französischen Nachenschaften. (Zuruf: Sie unterstützen Sie ja!) Je weniger Freiheit in Deutschland . . . (der Schluß des Satzes geht in andauerndem Lärm der Mehrheit verloren. Die Abgeordneten sämtlicher übriger Parteien verlassen den Sitzungssaal.)

Nach einer kurzen Entgegnung des Ministerpräsidenten schließt die Aussprache.

Fortsetzung der Etatsberatung.

Kultusminister **Haenisch**: Ueber die politischen Kundgebungen vor dem Reichstage und im Tiergarten und die Beteiligung der Schuljugend an ihnen sind auf meine Veranlassung der Direktor Müller vom Fichte-Gymnasium und Direktor Leonhard von der Goetheschule vernommen worden. Gegen Leonhard ist daraufhin das Disziplinarverfahren eingeleitet und seine sofortige Amtsenthebung verfügt worden. (Beifall b. d. Mehrheit. Rufe rechts: Das ist die Freiheit!)

Abg. **Limbertz** (Soz.): Die Parteipolitik muß aus der Schule verschwinden. Mit Unabhängigen, die alles kaput machen wollen, können wir nicht zusammenarbeiten. Unsere wichtigste Aufgabe ist jetzt die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen, um zu verhüten, daß diese sich mit Gewalt Lebensmittel holt.

Abg. Dr. **Friedberg** (Dem.): Die Agitation der Deutschnationalen kann man nur als widerwärtig bezeichnen, besonders die unter der Jugend. Wenn die Rechte die parlamentairsche Regierungsform mit monarchischer Spitze will, dann nähert sie sich uns so sehr, daß eine Agitation, wie sie sie treibt, wirklich nicht lohnen würde. Aber sie will eben die alte konstitutionelle Monarchie wieder haben, bei der die Macht beim König liegt und die Volksvertretung nur bei der Feststellung des Inhalts der Gesetze mitarbeitet. Die Demokratie ist geeignet, die Gegensätze auszugleichen. Sie ist die Basis, auf der die Einheit allein möglich ist und die Durchführung der Ziele: Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit! (Lebh. Beifall b. d. Mehrheit.)

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, den 27. November, nachmittags 2 Uhr: **Kleine Vorlagen.**

Schluß 3 Uhr.

Deutsches Reich.

— Die Besatzungsbehörde von Speyer hat neu vorgeschrieben, daß die vormittags 10 Uhr am Dom aufgehißte französische Fahne in dem Augenblick des Ertönens der Fanfaren von jedermann durch Abnehmen der Kopfbedeckung begrüßt werden muß.

— Die englischen Quartiermacher für Flensburg sind nach Köln zurückgekehrt.

— Zum französischen Geschäftsträger in Berlin wurde Chassin de Marcilly, der frühere französische Generalkonsul in Genua, ernannt.

:: **Ein Verständigungsversuch im Sommer 1918.** Die Londoner „Times" machen in einem Leitartikel die Mitteilung von einem Verständigungsversuch zwischen den beiden kriegführenden Parteien im Sommer 1918. Deutschland habe damals vorgeschlagen, aus der Haager Konferenz, die sich mit der Gefangenenfrage beschäftigte, eine Friedenskonferenz ohne Verbindlichkeit zu machen. Dieser deutsche Vorschlag sei von Lloyd George und den anderen Mitgliedern des englischen Kabinetts nicht zurückgewiesen worden, da sie mit der Möglichkeit rechneten, mit Deutschland auf der Basis zu einer Verständigung zu kommen, daß man ihm freie Hand nach Rußland und dem Orient gegeben hätte. Der Vorschlag sei auch von Lord Lansdowne unterstützt worden. Durch das Bekanntwerden des Planes in der breiten Oeffentlichkeit wären aber alle Bemühungen, den Vorschlag zu verwirklichen, außerordentlich erschwert worden, und bevor man die Fäden wieder aufnehmen konnte, sei die Anregung Deutschlands durch die Offensive der Alliierten im Juli 1918 hinfällig geworden.

:: **Die Reichsregierung gegen die „Kreuzzeitung".** Die Reichsregierung hat durch Kabinettsbeschluß Strafantrag gestellt gegen die „Kreuzzeitung" wegen eines unter der Ueberschrift „Die Anderen" veröffentlichten Artikels, der u. a. den Satz enthält: „Eine Regierung, eine Presse, eine Partei, die Landesverräter oder Schieber unter sich duldet, hat keinen Anspruch mehr auf eine loyale Beurteilung."

:: **Einigung der sozialistischen Parteien?** In der Preußischen Landesversammlung gab der Sprecher der Unabhängigen Abg. Ludwig während der Etatsberatung eine sehr bemerkenswerte Erklärung zur Frage der beiden sozialistischen Parteien ab. Als Bedingung für eine solche Einigung zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen stellte der Redner folgende Forderungen auf: Erstens, die Einigung könne nur auf dem Boden des politischen Klassenkampfes vor sich gehen, zweitens müsse die heutige Koalitionspolitik mit dem Bürgertum aufgegeben werden, drittens verlangen die Unabhängigen die Preisgabe der Noskeschen Gewaltpolitik. — Angesichts dieser radikalen Forderungen dürfte die von Scheidemann und Genossen so heiß herbeigesehnte Beendigung des Bruderkrieges wohl kaum in nächster Zeit zu erwarten sein.

:: **Freigabe des deutschen Mobiliars in Elsaß-Lothringen.** Die französische Regierung hat sich auf Grund von Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen deutschen und französischen Vertretern in Karlsruhe stattfanden, bereit erklärt, das gesamte deutsche Mobiliar in Elsaß-Lothringen freizugeben. Die deutsche Regierung hat sich dagegen verpflichtet, der französischen Regierung 25 000 000 Franken französischer Währung zur Entschädigung derjenigen Elsaß-Lothringer zur Verfügung zu stellen, die während des Krieges wegen ihrer politischen Haltung oder Gesinnung durch die deutschen Behörden verhaftet, interniert ausgewiesen oder zu einer anderen als einer Geldstrafe verurteilt worden sind. Die Einzelheiten des Abkommens werden in kürzester Frist bekanntgegeben werden. — Der Text dieses Abkommens ist sehr unklar gehalten. Es ist daraus nicht zu ersehen, ob unter dem gesamten deutschen Mobiliar in Elsaß-Lothringen das Mobiliar aller vertriebenen Deutschen, oder auch alles, was Eigentum deutscher Unternehmungen gewesen ist, soweit nicht der Waffenstillstands- bezw. Friedensvertrag entgegensteht, zu verstehen ist.

:: **Bayern — eine Reichsprovinz?** Die bayerische Zentrumspresse verlangt einen Untersuchungsausschuß darüber: Welches Maß von Schuld und Verantwortung trifft die einzelnen Regierungen des Freistaates Bayern und die einzelnen Regierungsmitglieder an der Entwickelung, daß Bayern kein selbständiger Staat mehr ist, sondern eine völlig abhängige Reichsprovinz geworden ist.

:: **Sozialdemokratie und Antisemitismus.** Bei der diesjährigen Tagung zur Abwehr des Antisemitismus in Berlin beschäftigte sich der mehrheitssozialistische Abgeordnete und frühere Reichsminister Otto Landsberg auch mit dem Verhältnis der Sozialdemokratie zu dem Antisemitismus und wies darauf hin, daß manche Sozialisten der Ansicht seien, der Antisemitismus sei ein Klassenkampf. Landsberg wandte sich dann gegen einen Artikel des sozialistischen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen Winnig, der die Auffassung vertritt, daß die Juden in nationalen Fragen nicht mitzureden hätten, und erklärte, daß der nächste Parteitag der Sozialdemokraten zum Antisemitismus Stellung nehmen müsse, genau so, wie jede andere Partei wird Farbe bekennen müssen. Landsberg ist der Auffassung, daß Winnig mit seinem Standpunkt auf dem Parteitag allein stehen werde, wenn er ihn bis dahin nicht schon geändert haben sollte.

Rundschau im Auslande.

* Nach Washingtoner Meldungen hat die Regierung der Vereinigten Staaten Schritte getan, um die Verschiffung von Munition von Belgien und Spanien nach Mexiko zu verhindern.

* Der Oberste Rat hat der dänischen und schwedischen Regierung die Mitteilung zugehen lassen, daß das allgemeine Friedensabkommen am 27. November in Kraft treten werde.

Frankreich: Zum Pariser Zeitungsstreik.

* Von Seiten der Setzer und Drucker ist ein Gesuch um Wiedereinstellung an die Verleger gerichtet worden. Diese erklärten, nie die Aussperrung verkündet zu haben. Sie sind jedoch nicht in der Lage, die hohen Forderungen der Setzer und Drucker zu tragen, wenn sie nicht gezwungen sein sollten, ihre Betriebe stillzulegen. Sie haben alles versucht, um den Konflikt zu vermeiden. Die Presse de Paris bemerkt hier, daß die Verleger infolge der hohen Papierpreise um die Erlaubnis nachgesucht haben, Papier in Deutschland zu kaufen, wo sie es mit 30 Francs für 100 Kilo erhalten hätten, während die französischen Fabriken 245 Francs für 100 Kilo fordern. Die Einfuhr von Zeitungspapier aus Deutschland ist jedoch verboten worden.

Rußland: Auch Judenitsch tritt zurück.

* Der Oberbefehlshaber der nordwestrussischen Armee ist dem Beispiel des Obersten Bermondt gefolgt und als Oberkommandierender des Nordwestheeres zurückgetreten. An seine Stelle hat Laidoner, der zugleich Befehlshaber des estländischen Heeres ist, den Befehl übernommen. Diese Maßnahme verfolgt den Zweck, eine Internierung des russischen Heeres zu verhindern, falls es sich über die Grenzen nach Estland zurückziehen müsse. Der Zeitpunkt ist übrigens bereits sehr nahe gerückt. Nach den letzten Meldungen hat die russische Nordwestarmee Jamburg, die letzte Stadt auf dem eroberten Gebiet, aufgegeben. Die Eisenbahnbrücke bei Jamburg wurde von estnischen Truppen gesprengt.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle.** In der nächsten Woche sind Sprechstunden in Ummeln im Gemeindehaus am Dienstag von 2¼ bis 3 Uhr; in Versmold bei Gastwirt Witte am Donnerstag von 1—3 Uhr; in Spenge bei Gastwirt Sundermann am Mittwoch von 3—5 Uhr; in Gütersloh im Vereinshause am Montag von 5½—6½ Uhr; in der Geschäftsstelle in Bielefeld an der Bülowstraße täglich von 9—12 und 3—6 Uhr.

Butterverkauf im Landkreise Bielefeld.

Am Sonnabend dieser Woche gelangen für die Fettversorgungsberechtigten in den **Butterverkaufsstellen** auf die für den 21. und 22. November gültigen Fettmarke

100 Gramm Margarine zu 98 Pfg.

zur Verteilung.

Die Krankenmarken über 50 Gr. ebenfalls für die Woche vom 21. und 22. November gültig, werden mit

50 Gr. Butter zu 46 Pfg.

beliefert.

Selbstversorger

erhalten auf die Marke Nr. 12 der 62. Periode

25 Gr. Margarine zu 25 Pfg.

Die Ausgabe für die Butterverkaufsstellen erfolgt ab Freitag früh und zwar Margarine vom Lager der Bezirksfettstelle (Konsum-Verein), Butter vom Lager Rohrteichstraße des Kriegswirtschaftsamtes.

Die Verkaufsstellen haben nach stattgefundenem Verkauf ihre Bestände bis spätestens Dienstag, den 25. November im Kriegswirtschaftsamt, Zimmer 22, aufzugeben.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Gültigkeit der Zuckermarke!

Zur Vermeidung von Irrtümern machen wir hierdurch besonders darauf aufmerksam, daß die vom 27. 10. bis 23. 11. gültige Lebensmittelmarke **Nr. 19,** welche wir laut unserer Bekanntmachung vom 6. November zum Bezuge von 1 Pfund Zucker freigaben, **bis zum 30. November angenommen werden kann,** da das 1 Pfund Zucker für den Versorgungszeitraum vom 11. bis 30. November berechnet ist.

Bielefeld, den 18. November 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.



W. Taubert
Bielefeld, Altstädterkirchstr. 4.
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Uhren u. Goldwaren
Trauringe in reizender Verpackung
empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
Wilh. Kremeyer, Herford, Radewigerstraße 18, n. d. Ev. Vereinshaus
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise

Haarausfall, Schuppen usw.
beseitigt sicher
Ernst Weiß rationelle Haarkur.
— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —
Weiss Haarpflege
Viktoriastr. 10 **Bielefeld** Viktoriastr. 10.



Die Uhr der Zukunft
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.
Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. **Bielefeld.** Telefon 711.

Der Eisenacher Bund.
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. **Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Ausgabe von Speckmarken an werdende und stillende Mütter im Landkreise.

Sämtliche werdende und stillende Mütter 2 **Monate vor bis 2 Monate nach der Entbindung** können ab Freitag, den 21. d. M., in den bekannten Apotheken und Drogenhandlungen die weiteren Marken zum Bezuge von Speck in Empfang nehmen.

Wir geben am Sonnabend in den Tageszeitungen bekannt, daß ab Donnerstag, den 27. d. M. die Speckmarke Nr. 4 mit einem halben Pfund Speck beliefert wird. In dieser Bekanntmachung sind die hierfür zugelassenen Verkaufsstellen angegeben.

Bielefeld, den 18. November 1919.

Kriegswirtschaftsamt des Landkreises Bielefeld.

Kirchl. Nachrichten Bielefeld.

23. Sonntag nach Trinitatis, Totenfest, 23. November 1919.

Kollekte für die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen.

Altstädter Kirche. Vorm. 10 Uhr Superintendent Lappe. Beichte und Feier des heil. Abendmahls. 11¾ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr liturgischer Gottesdienst mit Beichte und Feier des heil. Abendmahls, P. Trautermann.

Neustädter Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Kuhlo. Beichte und heil. Abendmahl. Vormittags 11¾ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr liturgischer Gottesdienst, Vikar Noa. Beichte und heil. Abendmahl.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Conrad. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr Gottesdienst mit Vorbereitung und Feier des heil. Abendmahls, P. Mund. 10 Uhr vorm. Gottesdienst f. Schwerhörige, P. Mund.

Johannis Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Köhne (Posaunen- und Chor des Christl. Vereins junger Mädchen). Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr P. Hammerschmidt. Liturgische Feier unter Mitwirkung des Kirchenchors. Beichte und Feier des heil. Abendmahls. — Mittwoch, abends 8½ Uhr Bibelstunde mit Besprechung: P. Köhne.

Paulus-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Hackländer. Beichte und Feier des heil Abendmahls, Beteiligung der von P. Hackländer Konfirmierten. ½12 Uhr Kindergottesdienst. 6 Uhr liturgische Andacht, P. Schneider. Beichte und Feier des heil Abendmahls, Beteiligung der von P. Schneider Konfirmierten.

Martini-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Usener. Beichte und heil. Abendmahl. Vormittags 11¾ Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch abend 8½ Uhr Gemeindebibelstunde, Pastor Usener.

Petri-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Beichte und Abendmahl P. Kortmann, abends 8 Uhr liturgischer Gottesdienst, (Kirchenchor.) Beichte und Abendmahl, P. Kortmann.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr P. Waubke. Beichte und Abendmahl 11¾ Uhr Kindergottesdienst. 3¾ Uhr Taufen

Aluminium.

Esslöffel	per Dtz.	Mk	10.—
Kaffeelöffel	„ „	„	7.—
Essgabeln	„ „	„	10.—
Tafelmesser	„ „	„	40.—
Dessertmesser	„ „	„	36.—
Vorleger	„ St.	„	6.—

liefert sofort gegen Nachnahme
Metallwaren-Manufaktur
Kleinhammer, Kreis Altena.

Zerrissene Strümpfe, Wolle, Baumwolle, Seide, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20

Billige Uhren



echt Silber 38,—
Nickel . . . 26,—
Weckuhren 13,—
Alles Friedensware.
Uhren-Klinh
Bernh. Dierse
Rentelstr. 7



Besseres
Einfamilienhaus
neuzeitlich eingerichtet, mit Garten in ruhiger Lage Bielefelds zu kaufen gesucht. Wird frühestens 1. 10. 20 bezogen.
Gefl. Angebote unter C. W. an die Geschäftsst. d. Ausw.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok, Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover